

"Zum Thema Autobahnmaut gibt es keine Entscheidungen"

Baden-Württemberg ist für, die Kanzlerkandidatin der Union ist gegen eine Nutzungsgebühr - Lastwagen weichen aus

STUTTGART. Die CDU-Kanzlerkandidatin Angela Merkel ist gegen eine Autobahnmaut für Pkw. Die Länder überlegen dennoch, wie eine solche Maut gestaltet sein könnte. Unterdessen zeichnet sich ab, dass die Lkw-Maut massiv Ausweichverkehr verursacht.

Von Thomas Breining

Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU) hat öfter erklärt, dass er eine allgemeine Maut befürwortet. Bedingung sei, dass die Einnahmen dem Straßenbau zugute kommen und die Mineralölsteuer sinkt. In "drei bis fünf Jahren" werde man die Lkw-Maut "auswerten müssen" und prüfen, ob die Begrenzung auf zwölf Tonnen Gewicht auf 7,5 oder drei Tonnen gesenkt werden könnte. Langfristig sei eine Pkw-Maut "ernsthaft zu erwägen", sagte er gestern. Die Debatte könne "in aller Gelassenheit geführt werden".

Auch die FDP ist für eine Maut. Die Landesvorsitzende der Liberalen, Birgit Homburger, hat diese Haltung bekräftigt. Die SPD lehnt das ab. Fraktionschef Wolfgang Drexler sagte, mit einer Maut seien die Pendler doppelt bestraft, da die CDU zudem die Erhöhung der Mehrwertsteuer und die Kürzung der Pendlerpauschale plane. Auch der verkehrspolitische Sprecher der Grünen-Fraktion, Boris Palmer, hält die Ideen der Landesregierung für falsch. Sie wolle eine Autobahnvignette. Diese sei nicht streckenbezogen und Sorge nicht dafür, dass weniger gefahren wird, sondern verursache Ausweichverkehr.

Die Kanzlerkandidatin der CDU, Angela Merkel, hat im Wahlkampf erklärt, sie werde keine Pkw-Maut einführen. Das gelte für die nächste Legislaturperiode, so Oettinger. Verkehrsexperten der Bundesländer arbeiten an Konzepten für eine Maut. Auf Antrag von Baden-Württemberg haben die Verkehrsminister von Bund und Ländern im April beschlossen, "ergebnisoffen alle Möglichkeiten einer nutzerbezogenen Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur" zu prüfen. Das erklärte Innenminister Heribert Rech (CDU). Weder eine Entscheidung noch eine Vorentscheidung sei gefallen. Eine Arbeitsgruppe prüfe derzeit Modelle. Vermutlich würden die Verkehrsminister in einer Sitzung am 12. und 13. Oktober einen Zwischenbericht erhalten.

Auch nicht mehr vor dem Wahltag werden die Probleme mit der Autobahnmaut für Lastwagen thematisiert. Das Landesinnenministerium hatte für den August Zählungen an auffälligen Punkten angekündigt, für die Vergleichswerte aus der Vor-Maut-Zeit vorliegen. Sie sollen zeigen, ob und wo Lastwagen auf Bundesstraßen ausweichen, um sich die auf der Autobahn fällige Maut zu ersparen. Die Verkehrszählungen hätten stattgefunden, heißt es im Innenministerium. Ergebnisse würden aber erst "im Herbst" vorliegen.

Ein Blick auf die Werte der automatischen Zählstellen zeigt, dass der bereits im Frühjahr sichtbare Ausweichtrend sich fortgesetzt hat. Bis Mai sind die Daten der 25 automatischen Messstellen an Autobahnen und der 31 Stationen an Bundesstraßen abrufbar. Dabei zeigt sich, dass mit ganz wenigen Ausnahmen der Schwerverkehr auf den Autobahnen zurückgegangen ist, teilweise in zweistelligen Raten. Parallel dazu wurden an praktisch allen Messpunkten auf Bundesstraßen mehr Lastwagen gezählt, teilweise ebenfalls mit zweistelligen Zuwachsraten. Da auf Autobahnen der Anteil des Schwerverkehrs am gesamten Aufkommen

gesunken, auf den Bundesstraßen dagegen gestiegen ist, ist dieses Ergebnis nicht mit einem insgesamt rückläufigem Verkehrsfluss zu erklären.